

**Nr. 12****Dezember 2007**Informationen der CDU-  
Gemeinderatsfraktion  
KarlsruheRedaktion  
Gabriele Luczak-Schwarz  
Kerstin RudolphV.i.S.d.P.  
Kerstin Rudolph**Sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

Mitte November hat die Deutsche Bundesgartenschau GmbH die **Bundesgartenschau 2015** an die Havelregion vergeben. Karlsruhes Bewerbung war damit nicht von Erfolg gekrönt. Die CDU-Fraktion bedauert dies, gratuliert aber zugleich der Havelregion herzlich und wünscht dieser für die BUGA 2015 ein glückliches Händchen und viel Erfolg.

Für den 300. Stadtgeburtstag im Jahr 2015 hätte die BUGA sicherlich ein Teilelement sein können; als alleiniger Magnet hätte sie uns für diesen Anlass jedoch nicht genügt. Wir waren immer der Ansicht, dass unsere Stadt weitere Stärken hat, die im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten eine herausragende Rolle spielen müssen: Karlsruhe ist Zentrum der TechnologieRegion, hat einen hervorragenden Ruf als Wissenschafts-, Forschungs- und IT-Stadt und ist Sitz einer Elite-Universität. Zudem dürfen die vielfältigen kulturellen Aktivitäten und Einrichtungen in diesem Zusammenhang nicht untergehen. Untersucht werden sollte darüber hinaus, inwiefern die Umstrukturierung und Neugestaltung des Zoologischen Stadtgartens beschleunigt werden könnte. Uns ist es wichtig, dass auch im zentralen Innenstadtbereich eine Fortentwicklung erreicht wird und ein Anziehungspunkt unserer Stadt, der vor allem für Kinder mit Familien attraktiv ist, eine zeitnahe Aufwertung erfährt.

Von Anfang an haben wir zugesagt, dass die wesentlichen BUGA-Elemente, d.h. insbesondere die Neugestaltung der Flächen im Osten der Stadt und die Weiterentwicklung des Kreativparks Ostau, auch ohne den Zuschlag für die BUGA 2015 umgesetzt werden müssen. Gerade für die Bereiche im Osten unserer Stadt stellen wir uns eine zukunftsfähige städtebauliche Weiterentwicklung vor.

Insgesamt sind innovative und kreative Ideen auf dem Weg und unmittelbar zum Stadtgeburtstag 2015 gefragt. Wir wünschen uns ein Gesamtkonzept, das einerseits die Stadt Karlsruhe anlässlich ihres 300. Geburtstags optimal nach Außen zur Geltung bringt. Andererseits muss es aber zugleich nach Innen wirken und ein attraktives Geschenkpaket für unsere Bürgerinnen und Bürger darstellen; alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen sollen sich darin wiederfinden können. Bei der Stadtverwaltung haben wir daher die Einsetzung eines Fachgremiums beantragt; wichtige Eckpunkte der Planungen zum Stadtgeburtstag sollten bereits im ersten Halbjahr 2008 festgelegt und konkretisiert werden.

In seiner November-Sitzung hat sich der Gemeinderat mehrheitlich für die Einrichtung eines **sechsten Dezernats** ausgesprochen. Vor allem aus finanziellen Erwägungen war im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2003/2004 beschlossen worden,

die Dezernate von sechs auf fünf zu reduzieren. Neben Oberbürgermeister Heinz Fenrich waren ab dann nur noch vier Bürgermeister im Dienst.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Anforderungen an die verbliebenen Dezernate gestiegen sind. Sowohl die zeitliche Inanspruchnahme wie auch die steuernden Aufgaben haben zugenommen. In der Bevölkerung sind die Wünsche nach größerer Bürgernähe und Bürgerbeteiligung gewachsen. Großprojekte wie die Umsetzung der Kombi-Lösung, der Bau des Freizeitbads oder die Entwicklung des ehemaligen Schlachthofareals binden Kapazitäten und verursachen erheblichen zusätzlichen Steuerungsaufwand in den einzelnen Fachdezernaten.

Der CDU-Fraktion ist die mehrheitliche Zustimmung zur Wiedereinrichtung des sechsten Dezernats nicht leicht gefallen, letztlich sahen wir aber aus sachlichen Erwägungen keine andere Möglichkeit. Auf jeden Fall werden wir darauf achten, dass das neue Dezernat „schlank“ bleibt und sich die finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt damit in engen Grenzen hält.

Offensichtlich auf der Zielgeraden befinden sich nun endlich die Pläne zum **Umbau des Wildparkstadions**. Nach nochmaligen intensiven Verhandlungen gelang es, einen neuen Kompromiss zu finden. Möglich gemacht haben diesen vor allem eine zusätzliche Million Euro, die das Land Baden-Württemberg zum Umbau beiträgt, sowie eine Initiative des KSC-Freundeskreises, der eine weitere Million Euro spendet. Die neue Vereinbarung beinhaltet folgende wesentliche Eckpunkte: Aufgrund der im Lizenzierungsverfahren zu erwartenden Schwierigkeiten wird auf eine KSC-eigene Stadionbetriebsgesellschaft verzichtet. Der Pachtvertrag soll 25 Jahre laufen, aber nach Ablauf von zehn Jahren überprüft werden. Die Erlöse aus dem Verkauf des Namensrechts des Stadions verbleiben beim KSC und schlussendlich konnte auch über die Höhe der Pacht eine Einigung erzielt werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt die nun vorliegende Übereinkunft und wünscht sich, dass möglichst bald alle noch offenen Fragen geklärt werden, damit im Jahr 2009 mit dem Umbau auch tatsächlich begonnen werden kann.

Ihr  
**Wolfram Jäger**  
Fraktionsvorsitzender

**Fraktionsvorsitzender  
Wolfram Jäger**

## CDU-Fraktion gegen Verkehrsversuch in Rüppurr

Bereits im April 2007 hat der Planungsausschuss mehrheitlich beschlossen, die Herrenalber Straße stadtauswärts für den Kfz-Verkehr auf eine Fahrbahn zu reduzieren und stattdessen einen Radweg anzulegen. Diesen auf ein Jahr angelegten Verkehrsversuch lehnte die CDU-Fraktion nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit für die Radfahrer von Anfang an ab.

Wir sind der Überzeugung, dass der Rückbau - und das lässt sich dem von der Stadt eingeholten Gutachten auch ausdrücklich entnehmen - letztlich zu Staus und damit einer höheren Lärm- und Abgasbelastung führen wird. Darüber hinaus wird sich der Verkehr in die umliegenden Straßen verlagern. Zugleich wird die Überquerung der Herrenalber Straße nicht erleichtert, sondern für alle Verkehrsteilnehmer erschwert. Hinzu kommt, dass der Versuch Kosten in Höhe von 120.000 Euro verursachen wird. Hauptargument aber ist, dass der Verzicht auf einen Fahrstreifen stadtauswärts und die gleichzeitige Einrichtung eines Radweges zwischen den entgegenkommenden Bahnen und dem mit 60 km/h parallel fahrenden (Lkw-)Verkehr erhebliche Sicherheitsrisiken mit sich bringen wird.

In der Bürgerversammlung im November 2005 wurde das Thema bereits kontrovers diskutiert. Es gab einige Teilnehmer, die sich für den Rückbau

aussprachen, da sie sich eine Verringerung des nach ihrer Meinung trennenden Charakters der Herrenalber Straße erhoffen. Schon damals äußerten aber viele Bürgerinnen und Bürger Bedenken gegen den Versuch und führten unter anderem die genannten Argumente an. Bei der letzten Bürgerversammlung im November 2007 wurde deutlich, dass ein Großteil der Rüppurrer Bevölkerung die Durchführung des gesamten Versuchs eindeutig ablehnt.

Von alledem getrennt zu beurteilen sind die Einrichtung eines ebenerdigen Übergangs an der Battstraße, die Beseitigung des Trampelpfades an der Tulpenstraße, die Verbesserungen an den Lichtsignalanlagen und insbesondere die Verbreiterung der Haltestelle Ostendorplatz. Letzteres wird schon seit einigen Jahren diskutiert; ein Planfeststellungsverfahren wurde bereits eingeleitet. Dieses sieht die Verbreiterung der Aufstellfläche um 60 cm vor; die Breite der Fahrbahn wäre dann nach wie vor richtlinienkonform. Mit Hilfe einer Anfrage wollen die Stadträte Wolfram Jäger, Marianne Krug, Bettina Meier-Augenstein, Tilman Pfannkuch und Bernhard Weick nun in Erfahrung bringen, wie der aktuelle Sachstand des Planfeststellungsverfahrens ist und ob die Umsetzung dieser Maßnahme den Verkehrsversuch nicht letztlich überflüssig machen würde.

### Parken in der Bahnhofstraße

Schon im September 2007 beschäftigte sich der Gemeinderat mit der Parkplatzsituation in der Bahnhofstraße und verwies das Thema zur weiteren Beratung in den zuständigen Planungsausschuss.

Die CDU-Fraktion hält die aktuelle Parkregelung in der Bahnhofstraße für nicht sinnvoll, da sämtliche Parkplätze tagsüber von Dauerparkern, d.h. von Mitarbeitern der umliegenden Firmen oder Personen, die auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen, belegt werden. Die Anwohner haben regelmäßig keine Chance, einen freien Parkplatz zu finden. Wir meinen aber, dass gerade für die Anwohner angemessene Parkmöglichkeiten vorgehalten werden müssen. Eine Alternative wäre es, zur alten Regelung zurückzukehren: Auf der dem Zoo zugewandten Seite soll freies Parken (gegebenenfalls gegen Gebühr) erlaubt, die andere Straßenseite für die Anwohner mit Anwohnerparkausweis reserviert werden.

## Aus dem Gemeinderat

### Senioren-Fitnessplätze

Bewegung stärkt den Kreislauf und verbessert die Koordination der Menschen; zugleich steigt die geistige Leistungsfähigkeit. Für Senioren ist Bewegung daher besonders wichtig. Auf der Grundlage der Übungen, die ältere Menschen in China absolvieren, entstand die Idee der Senioren-Fitnessplätze, die in Deutschland beispielsweise in Berlin, Nürnberg und Hamburg zu finden sind. Die Stadträte Wolfram Jäger, Manfred Bilger, Detlef Hofmann und Dr. Thomas Müller beantragten zu prüfen, ob dieses Konzept auch in Karlsruhe umgesetzt werden kann. Die Stadtverwaltung begrüßte den Vorschlag und erklärte, sie wolle noch im Jahr 2008 in Oberreut eine Musteranlage realisieren.

### Nationalfeiertage in der Europäischen Union

Ende Juni 2007 ging die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu Ende. Deutschland konnte in den sechs Monaten zuvor wichtige Impulse für eine sich weiter vergrößernde Europäische Union geben und im gesamten Land die Begeisterung für die europäische Idee erneut wecken. Auch in Karlsruhe leben und arbeiten viele Menschen aus Mitgliedsländern der EU. Die Stadträte Wolfram Jäger und Sven Maier waren mit zwei FDP-Kollegen der Meinung, dass sich dieser Gewinn an kultureller europäischer Vielfalt auch im Stadtbild deutlicher niederschlagen muss. Sie beantragten daher, am jeweiligen Nationalfeiertag die Flagge des

entsprechenden Landes auf dem Marktplatz aufzuziehen und in einem Schaukasten die Bedeutung und Entstehung dieses Tages zu erläutern. Die Stadtverwaltung sagte zu, unter Einbeziehung der Karlsruher Freundeskreise und der Europa-Union ein entsprechendes Informationskonzept erarbeiten zu wollen und zugleich die damit verbundenen organisatorischen und technischen Fragen zu klären.

### Raumplanung - „Shared Space“

„Shared Space“ ist ein neuer raumplanerischer Ansatz, der Anregungen für den Gebrauch, den Entwurf und die Unterhaltung unserer Straßen und öffentlichen Räume gibt. Insbesondere werden die herkömmlichen Trennungen verschiedener räumlicher Funktionen aufgehoben. Das EU-Projekt findet in ganz Europa Beachtung. Umgesetzt wird es zum Beispiel in Oostende in Belgien und Ipswich in England, verwirklicht ist es bereits im niederländischen Drachten. Für große Städte ist vor allem interessant, dass „Shared Space“ auch eine Verringerung der oftmals sehr zahlreich vorhandenen Verkehrsbeschilderung erreichen will. In einem Antrag forderten die Stadträte Wolfram Jäger, Gabriele Luczak-Schwarz und Bernhard Weick die Stadtverwaltung auf, das Projekt vorzustellen und darüber hinaus zu prüfen, welche Bestandteile des Konzepts in die Raumplanung vor Ort einfließen könnten. Um weitere Informationen zu erhalten und fundiert Auskunft geben zu können, schlug die Verwaltung vor, zunächst ein Expertengespräch durchzuführen.

### Radroutenplanung

Die Stadt Stuttgart hat kürzlich den in Zusammenarbeit mit dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart entwickelten Radroutenplaner vorgestellt. Mit Hilfe des Routenplaners lassen sich beliebige Radrouten ermitteln. Der Nutzer kann zwischen den Routenoptionen „attraktiv“, „schnell“, „sportlich“ und „individuell“ wählen. Neben Streckendetails wie Länge und Steigung kann auch ein Höhenprofil angefordert werden. Zudem ist es möglich, sich die Streckenführung als GPS-Kurs anzeigen zu lassen und auf ein mobiles Navigationsgerät zu übertragen. In einem Antrag forderten die Stadträte Wolfram Jäger, Tilman Pfannkuch und Sven Maier die Stadtverwaltung auf, Informationen über die Stuttgarter Radroutenplanung einzuholen und zusammen mit dem Karlsruher Verkehrsverbund ein Konzept zur Einführung eines vergleichbaren Systems in Karlsruhe zu erarbeiten. Die Verwaltung lobte die Anregung als „weiteren positiven Aspekt in der Entwicklung hin zur fahrradfreundlichen Stadt Karlsruhe“. Zugleich wies sie aber auch darauf hin, dass ein solches System nur mit erheblichem personellem Aufwand eingerichtet werden könne. Bei der anstehenden detaillierten Bestandsaufnahme zur elektronischen Erfassung der Radwegeinfrastruktur würden die Grundlagen für die Radroutenplanung aber bereits mit erhoben. Auch werde man die Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Städten verfolgen.

## Europäische Metropolregion Rhein-Neckar und Europäisches Städtetz Oberrhein

Europäische Metropolregionen sollen Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sein. Sie sind daher auch erste Wahl, wenn in Wirtschaft, Kultur oder Politik Standortentscheidungen getroffen werden. Darüber hinaus wird der Status im Rahmen der Europäischen Strukturförderung in der Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Um in dem ständig zunehmenden Wettbewerb untereinander bestehen zu können, werden Verflechtungen und die Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden für die Kommunen insgesamt immer wichtiger werden.

Im April 2005 wurden die bis dahin bestehenden sieben Europäischen Metropolregionen in Deutschland durch Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) um vier weitere Europäische Metropolregionen - darunter die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar - erweitert.

Kürzlich hat die TechnologieRegion Karlsruhe mit der Metropolregion Rhein-Neckar eine enge Kooperation vor allem im Bereich der Wissenschaft (Nano- und Informationstechnologie) vereinbart. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage einer Aufnahme der Stadt Karlsruhe in die Rhein-Neckar-Region öffentlich verstärkt diskutiert. Da der Beschluss der MKRO eine Öffnungsklausel beinhaltet, wonach geprüft werden soll, wie weitere interessierte und qualifizierte Großstadregionen einbezogen werden können, wäre dies rechtlich möglich.

Weil Metropolregionen und die überregionale Zusammenarbeit künftig immer wichtiger werden, hält es die CDU-Fraktion für unab-

dingbar, dass die Stadt Karlsruhe eine zeitnahe Integration in die Metropolregion Rhein-Neckar anstrebt. Die Stadträte Wolfram Jäger, Ingo Wellenreuther MdB und Tilman Pfannkuch haben deshalb einen entsprechenden Antrag bei der Stadtverwaltung eingereicht. Dieser beinhaltet jedoch zugleich die Forderung nach einer Intensivierung der Kooperation im Europäischen Städtetz Oberrhein.

Bereits im Juli 2005 stimmte der Karlsruher Gemeinderat der „Absichtserklärung des Europäischen Städtetz Oberrhein“ zu. Zielrichtung dieser Vereinbarung ist die Gründung einer trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein. Vertreter aus den beteiligten Regionen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Elsass und der Nordschweiz haben in der Folge Erklärungen, wonach eine große und nachhaltige Verantwortungsgemeinschaft am Oberrhein entwickelt werden soll, unterzeichnet. Die Landesregierung Baden-Württemberg, die zur Zeit den Vorsitz in der Ministerkonferenz für Raumordnung innehat, unterstützt diese Bemühungen nachdrücklich. Im Januar 2008 wird sich der Dreiländerkongress mit dem Thema beschäftigen.

In einem immer weiter zusammenwachsenden Europa muss sich Karlsruhe als Zentrum der TechnologieRegion möglichst optimal positionieren. Der Titel Metropolregion würde hier neue Chancen eröffnen. Insofern müssen alle Möglichkeiten umfassend ausgelotet und die schon vorhandenen Vernetzungen intensiviert werden. Langfristiges Ziel muss dabei die Bildung einer großen Europäischen Metropolregion von Mannheim über Karlsruhe und Straßburg bis nach Basel sein.

## CDU-Fraktion besucht Hauptfriedhof



Zu einem Informationsbesuch trafen sich die Mitglieder der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe mit dem Leiter des Friedhofs- und Bestattungsamts, Herrn Matthäus Vogel.

Bei einem Rundgang über den Hauptfriedhof erläuterte Herr Vogel insbesondere die 14 Stationen des neuen Lebensgartens. Die Fraktionsmitglieder zeigten sich beeindruckt von der Gestaltung der einzelnen Stationen und der ergreifenden Symbolik des Trauerwegs.

Matthäus Vogel erklärte, dass immer mehr Angehörige auf eine Trauerfeier verzichten. Finanzielle Gründe, die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen und die wachsende Zahl an Angeboten von privaten Bestattungsunternehmen seien hierfür die Hauptursachen.

Diskutiert wurde auch über die Frage der Reduzierung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen des Friedhofs- und Bestattungsamts. Herr Vogel wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kommune bei den Gebühren nicht ohne Weiteres flexibel sei, da beispielsweise erhebliche Kosten für die Unterhaltung der Friedhofsanlagen anfallen.

Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger sagte abschließend, dass „die Friedhöfe und die Bestattungskultur als Anlaufstellen für Trauernde und damit als wichtige Elemente der Trauerarbeit in unserer Gesellschaft unbedingt fest verankert bleiben müssen.“

## Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion

### Platzbenennung nach Pater Alfred Delp

Der Platz westlich vor dem Ökumenischen Gemeindezentrum in Oberreut ist bisher ohne Namen. Die Stadträte Wolfram Jäger, Manfred Bilger und Marianne Krug haben beantragt, den Platz nach Pater Alfred Delp zu benennen. Alfred Delp wurde 1907 in Mannheim geboren, trat 1926 in den Jesuitenorden ein und wurde 1937 zum Priester geweiht. Er war Mitarbeiter der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ und trat 1942 dem Kreisauer Kreis bei. Im Juli 1944 wurde Alfred Delp verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet. Sein Engagement im Kreisauer Kreis, sein Wirken als Jesuitenpater und seine christlich-soziale Weltanschauung genügten dem Volkgerichtshof zur Verurteilung wegen Hoch- und Landesverrats. Da in Oberreut bereits zahlreiche Straßen und Plätze nach Widerstandskämpfern benannt sind, würde sich die Bezeichnung Alfred-Delp-Platz dort optimal einfügen.

### Parkplätze am Hauptfriedhof

Der Parkplatz zwischen Stumpf- und Erich-Frommel-Straße ist regelmäßig belegt. Auf dem Platz stellen Mitarbeiter der umliegenden Betriebe, aber auch Pkw-Fahrer, die am Hauptfriedhof auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, ihre Fahrzeuge ab. Besucher des Hauptfriedhofs, die dort parken wollen, finden sehr häufig keinen Parkplatz mehr. Besonders problematisch ist die Situation, wenn Beerdigungen stattfinden. Die Stadträte Wolfram Jäger und Hubert Buchmüller setzen sich daher in einem Antrag für die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen (Parkdauer: zwei Stunden) in ausreichender Zahl ein. Eine vergleichbare Regelung gilt beispielsweise für die Parkplätze beim Friedhof Grünwinkel.

### Nordtangente-Ost und Grundstückserwerb

Im Osten der Stadt besteht ein Baurecht zur Verwirklichung der Nordtangente bis zur Theodor-Heuss-Allee. Um die östlichen Stadtteile, insbesondere Hagsfeld, verkehrlich zu entlasten, ist die Fertigstellung dieses Teilstücks der Nordtangente besonders wichtig. Damit mit dem Bau umgehend begonnen werden kann, sobald die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt worden sind, sollten alle Vorkehrungen getroffen und insbesondere die erforderlichen Grundstücke erworben werden. Die Stadträte Wolfram Jäger, Thorsten Ehlgötz und Tilman Pfannkuch haben sich daher mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung gewandt und bitten um Auskunft, welche und wie viele Grundstücke noch erworben werden müssen.

## CDU-Fraktion vor Ort in Stupferich

Beim Bürgergespräch der CDU-Fraktion war der Saal des Gasthauses „Zum Goldenen Lamm“ voll besetzt: CDU-Ortsvorsitzender Wolfgang Lukaszewsky und Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger konnten etwa 120 Teilnehmer begrüßen.

Hauptthema des Abends waren die Planungen zum Baugebiet „An der Klam/Illwig“. Auf die Visionen der Gemeinderatsfraktion für Stupferich angesprochen, erläuterte Herr Jäger zunächst, dass die Fraktion den dörflichen Kern des Stadtteils zwar erhalten, zugleich aber auch Neubaugebiete erschließen wolle. Ludwig Kast, Vorsitzender der CDU-Ortschaftsratsfraktion,



Rege Diskussion im Großen Saal des Gasthauses „Zum Goldenen Lamm“

sagte, es sei dringend erforderlich, junge Familien mit Kindern im Stadtteil anzusiedeln. Nur so könne der Stadtteil lebensfähig bleiben.

Dies bestätigte auch Ortsvorsteher Rolf Doll, der außerdem auf die Nachwuchssorgen der örtlichen Vereine aufmerksam machte. Zugleich wies er auf entsprechende Anfragen zuzugswilliger Familien, die bei der Ortsverwaltung vorliegen, hin.

Stadtrat Bernhard Weick erklärte, dass eine „kasernenartige“ Bebauung im Bereich „Klam/Illwig“ nicht vorgesehen sei; die Reihenhauseinheiten dürften maximal eine Länge von 50 Metern aufweisen. Stadtrat Tilman Pfannkuch erläuterte, dass das Becker-Areal nicht für eine

Wohnbebauung genutzt werden könne, da sich dieses im Privateigentum befinde. „Zudem will die Fraktion im Sinne einer vorausschauenden Gewerbe- und Infrastrukturpolitik bewusst an einer Nutzung der Fläche als Gewerbegebiet festhalten“, fügte Bernhard Weick hinzu. Bürgermeisterin Margret Mergen ergänzte, dass man beispielsweise in Durlach vergleichbare Flächen erfolgreich entwickelt habe; dort seien inzwischen hochwertige Arbeitsplätze entstanden.

Abschließend wurde über das hohe Verkehrsaufkommen im Stadtteil und die hieraus folgenden Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger gesprochen.



(von links) Wolfram Jäger, Wolfgang Lukaszewsky, Tilman Pfannkuch

## Neuer Schatzmeister

Neuer Schatzmeister der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe ist Stadtrat Thorsten Ehlgötz. Der 39-jährige Unternehmer aus Hagsfeld folgt auf Stadtrat Manfred Bilger, der sein Amt nach fünf Jahren aus persönlichen Gründen abgab.

Ehlgötz gehörte dem Fraktionsvorstand bisher schon als Beisitzer an. Mit seinem Wechsel auf den Posten des Schatzmeisters musste daher zugleich diese Position neu besetzt werden. Die Fraktionsmitglieder wählten Stadtrat Dr. Thomas Müller, der sich insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich engagiert.

## Edeka-Fleischwerk kommt nicht nach Karlsruhe

In einem Schreiben hatten die CDU-Stadträte Wolfram Jäger und Thorsten Ehlgötz die Stadtverwaltung kürzlich gebeten zu prüfen, ob Karlsruhe als Standort für das geplante Fleischwerk der Firma Edeka Südwest in Betracht kommt.

Herr Oberbürgermeister Heinz Fenrich teilte nun mit, dass die Stadtverwaltung mit Edeka Kontakt aufgenommen hatte. Dabei habe sich ergeben, dass für den Bau des Fleischwerks mindestens eine Fläche von 20 Hektar benötigt wird.

„Die Stadt Karlsruhe verfügt über keine gewerbliche Fläche in dieser Größe; auch sind nach dem Flächennutzungsplan keine Flächen in dieser Größe als zusammenhängendes Areal entwickelbar“, stellte OB Fenrich fest. „Einzig die Flächen Untere Hub und Knielingen-West wären von der Größenordnung her geeignet, sie stehen aber nicht als Gewerbeflächen zur Verfügung.“

Die CDU-Fraktion bedauert es, dass die Ansiedlung eines Unternehmens erneut deshalb scheitert, weil die Stadt Karlsruhe keine geeigneten und vor allem ausreichend großen Gewerbeflächen zur Verfügung stellen kann. „Hier zeigt sich, wohin die Blockadepolitik anderer Fraktionen im Gemeinderat in diesem Bereich führt“, erläutert Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. „Wenn Gewerbeflächen fehlen, siedeln sich keine Unternehmen an und es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.“ Das Fleischwerk der Firma Edeka hätte immerhin etwa 600 Arbeitsplätze mit sich gebracht und damit zugleich eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe bedeutet.

Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch in das Jahr 2008 wünschen Ihnen

Ihre Karlsruher CDU-Stadträtinnen und CDU-Stadträte:



Wolfram Jäger  
Bettina Meier-Augenstein  
Christiane Staab  
Thorsten Ehlgötz  
Gabriele Luczak-Schwarz  
Dr. Thomas Müller  
Tilman Pfannkuch

Ingo Wellenreuther MdB  
Rainer Weinbrecht  
Manfred Bilger  
Hubert Buchmüller  
Andreas Erlecke  
Dr. Klaus Heilgeist

Detlef Hofmann  
Dr. Albert Käuflein  
Marianne Krug  
Sven Maier  
Dr. Hans-Jürgen Vogt  
Bernhard Weick